

Die Muslime im Westen

Podiumsdiskussion über die Rolle des Islams in Europa

MÜNCHEN - Wie vielschichtig religiöse, kulturelle, gesellschaftliche und politische Aspekte verknüpft sind, wenn Christen und Muslime um einen Konsens ringen, zeigte ein hochkarätig besetztes Podiumsgespräch in München, das die Hanns Seidel-Stiftung organisiert hatte.

Unter der Leitung des Islamwissenschaftlers Rainer Glagow diskutierten Staatsminister a. D. Professor Hans Maier, der Jurist Professor Stefan Muckel von der Universität Köln, Wolfgang Günter Lerch, Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, und der Amerikanist Professor Michael Zöllner von der Universität Bayreuth, allerdings ohne dass ein Muslim an dem Podium beteiligt worden wäre.

3,2 Millionen Muslime leben in Deutschland, sagte Glagow. Der „harte Kern“ gewaltbereiter Extremisten umfasse eine Gruppe von wenigen hundert Menschen: „Sie aber sind für die Außenwelt am sichtbarsten.“ Das Erschrecken über die Gewalttäter vom 11. September, die „so unauffällig lebten“, rühre noch immer an das Selbstverständnis der Deutschen: „Was haben wir so lange übersehen?“

Zöllner beschrieb das Dilemma heutiger islamischer Gesellschaften am Beispiel der Geschichte der USA: „Entweder sie schotten sich ab und stempeln

die westliche Zivilisation zum Feind oder sie holen die Entwicklung des Abendlandes nach und lassen sich auf die Trennung von Politik und Religion nach westlichem Vorbild ein.“ Wobei die Ausgrenzung des Westens, die „Befestigung nach innen“, dem Expansionsdrang des Islams, der „geballten Dynamik der Eroberung“ (Hans Maier) zuwiderlaufe. Wandelt sich der Islam zwangsläufig, aber unbeabsichtigt zu einer Zivilreligion, die Glauben als Privatsache auffasst, im Sinn einer Trennung von Religion, Staat und Politik?

Zöllner mochte das suggerieren, die Diskussionsrunde jedoch schloss sich dieser These nicht an: Wie soll Demokratiebewusstsein in einer Gesellschaft entstehen, die den Konsens der Gruppe höher schätzt als die Freiheit des Einzelnen? „Muslime werfen dem Westen dessen gemeinschaftszerstörende extreme Individualisierung vor“, wusste Glagow. Die muslimische Gemeinde begreife sich als ideales Gemeinwesen, das dazu berufen sei, das Gottesreich hienieden zu verwirklichen.

Hans Maier warnte vor dem „einseitigen Blick“, den Islam am Christentum und an westlichen Werten zu messen. Der Islam besitze eine hohe Integrationsfähigkeit für unterschiedlichste Strömungen und sei „modern gesprochen, fast pluralistisch“. Ihn kennzeichne ein Zusammenhalt ohne Lehramt und Ober-



Aufgrund der steigenden Zahl muslimischer Schüler und Schülerinnen an deutschen Schulen kommt es auch vermehrt zu persönlichen Begegnungen zwischen Kindern unterschiedlichen religiösen Bekenntnisses.

Foto: KNA

haupt. Die Forderung nach einer „organisatorischen Zusammenfassung“ der deutschen Muslime in eine kirchenähnliche Struktur bedeute hingegen Zentralisierung, Hierarchisierung. Sie ist, stellte Maier fest, gleichwohl unumgänglich, wenn muslimischer Religionsunterricht an deutschen Schulen stattfinden soll.

Lerch fragte, ob ein „Euro-Islam“ entstehen kann, der auf das „Gottesgesetz“ Scharia als Lebensform dauerhaft verzichtet, und nicht nur verzichtet, „solange die Muslime in der Minderheit sind“ (wie ein Papier des Zentralrats der Muslime es formuliert); ein europäischer Islam, der „Menschengesetz“ und die demokratischen Freiheitsrechte mit

ihrem Gleichheitsgrundsatz (inklusive Gleichstellung von Frauen) achte. Dies zu fordern, so die Diskussionsrunde einstimmig, sei das Recht und die Pflicht der Europäer. Denn es könne nicht zwei Rechtsordnungen nebeneinander geben.

Allerdings erscheint die eine Rechtsordnung auch nicht ganz unproblematisch. Denn die grundgesetzlich garantierte freie Religionsausübung werde durch staatliche Verbote, etwa das „Kopftuch“-Verbot an deutschen öffentlichen Schulen, wie jüngst ergangen, relativiert, sagte Stefan Muckel: „Diese Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist geeignet, die Religion weiter aus der Schule herauszudrängen.“

Bettina Ehrhardt